

6,4% aller EU-Importe. (EUROSTAT (COMEXT)) Brüssel, 12.4.00) -schü-

26 Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Korea, Japan und China

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea im Jahre 1992 konnte die wirtschaftliche Kooperation schnell vorangetrieben werden. In den letzten Jahren ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Korea, Japan und China feststellbar. Auf einer gemeinsamen Konferenz der Länder im November letzten Jahres wurde nochmals für verschiedene Bereiche eine engere Kooperation vereinbart. Hierzu zählen Handel und Zölle, Investitionen und der Finanzsektor, Industrie, Landwirtschaft, Fischerei, Energie, Wissenschaft und Technologie, Transport und Tourismus, Telekommunikation und Umwelt. Sollten sich die Vorstellungen der engeren Zusammenarbeit realisieren, könnte die Region eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaft erreichen.

Allerdings weisen die Wirtschaftsbeziehungen in diesem Dreieck noch eine Reihe von Defiziten auf. Hierzu gehört das noch relativ geringe Gewicht des Intra-Handels (ermittelt in Form des gesamten Volumens des Intra-Handels dividiert durch das Gesamtvolumen des gemeinsamen Handels zwischen den drei Ländern), das 1991 bei 13,9% gelegen hat und bis 1998 auf 17,3% gestiegen ist. Auf Grund der Asienkrise ist der Anteil des Intra-Handels allerdings zurückgegangen (1996: 19,2%). Im Vergleich zum Intra-Handel innerhalb der NAFTA und der EU liegt das Volumen des Intra-Handels der drei Länder bei lediglich rd. 200 Mrd. US\$. Der prozentuale Anteil liegt in der EU bei 65,7% und in der NAFTA bei 45,3%.

Ein weiteres Merkmal der Handelsbeziehungen ist die starke Ungleichgewichtung. Während Südkorea im Handel mit Japan ein Defizit ausweist, besteht im Handel mit China ein positiver Saldo. China dagegen hat einen Überschuss in den bilateralen Handelsbeziehungen zu Japan. Die Ursachen liegen in den verschiedenen Wirtschaftsstrukturen der Länder begründet.

Auch die Investitionsflüsse zwischen Südkorea, China und Japan sind noch unzureichend. Obwohl Japan und Korea wichtige Investoren in China sind, stellt sich der Umfang der Investitionen noch eher als gering dar. Die Investitionen zwischen Japan und Korea sind rückläufig auf Grund Japans hoher Produktionskosten, dem komplexen Distributionssystem und Barrieren beim Marktzugang. Im Gegenzug werden die instabilen Bedingungen der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmen als Problem von japanischen Investoren gesehen; weiterhin schrecken komplexe Verwaltungsbestimmungen und die negative Einstellung gegenüber Japanern ab.

Obwohl noch andere Probleme bei der Ausweitung der Dreiecksbeziehung existieren, bestehen jedoch auch enorme Potenziale. So verfügt Japan über international wettbewerbsfähige Technologien in der verarbeitenden Industrie, Korea hat viele Erfahrungen der Industrialisierung in einem sehr kurzen Zeitraum sammeln können und China hat u.a. viele und kostengünstige Arbeitskräfte anzubieten. (*Korea Economic Weekly*, 20.12.99)

Obwohl die mittel- und langfristigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen den drei Ländern als sehr gut eingestuft werden, existiert aktuell eine Reihe von Konflikten in den Wirtschaftsbeziehungen. Dies gilt beispielsweise zwischen Japan und China, da die Resentiments gegenüber Japan bei wirtschaftlichen Konflikten oft schnell in nationalistische Stimmungen gegen Japan umschlagen. Dies zeigt der Fall der japanischen Firma Toshiba. Das Unternehmen ist der führende Anbieter von Laptops in China und soll in den vergangenen fünf Jahren rd. 200.000 Geräte verkauft haben.

Um die Konsumenten bei einem aufgetretenen Fehler an einem Laptop zu kompensieren, hatte sich Toshiba in den USA Ende letzten Jahres in einem Rechtsstreit zu Zahlungen bereit erklärt. Außerhalb der USA bot Toshiba ein Software-Programm kostenlos an, um den Fehler zu beheben. Dies hat jedoch die Vertriebsgesellschaften des Toshiba-Laptops in China und die Vereinigung der Konsumenten nicht zufrieden gestellt. Die

chinesischen Medien griffen diesen Fall sofort mit Überschriften wie „Fehlende Kompensation verärgert Chinesen“ auf. (IHT, 26.5.00)

Die chinesische Konsumentenvereinigung kritisierte Toshiba in der Zeitschrift *China Youth Daily*, die Rechte der Verbraucher zu verletzen. Dem Gesetz nach müsse das Unternehmen alle Käufer des Laptops in Chinesisch über das Problem informieren. Erst nachdem die chinesischen Medien Toshiba angegriffen hätten, habe das Unternehmen reagiert und Informationen in das Internet gestellt. (XNA, 24.5.00) -schü-

Binnenwirtschaft

27 Weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in den Staatsunternehmen

Nach Angaben des Arbeitsministeriums wird damit gerechnet, dass die staatseigenen Unternehmen in diesem Jahr weitere 5 Mio. Arbeitskräfte entlassen werden. Die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte würde sich dann im Jahre 2000 auf 11,5 Mio. belaufen. Im Jahre 1999 hatte diese Zahl 11,74 Mio. betragen. Von den freigesetzten Arbeitskräften waren 4,92 Mio. neu vermittelt worden. Ende 1999 hatte dann die Zahl der entlassenen Arbeitskräfte 6,5 Mio. (rechnerisch müssten es 6,84 Mio. gewesen sein) erreicht. Nach Angaben des Ministers für Arbeit und Soziale Sicherheit, Zhang Zuoyi, haben im letzten Jahr 90% der freigesetzten Arbeitskräfte staatliche Unterstützungszahlungen erhalten. (XNA, 8.3.00)

Proteste der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze fürchten oder auf Grund ausbleibender Lohn- und Pensionszahlungen in soziale Not geraten, hat es in den letzten Jahren wiederholt gegeben. Mitte Mai kam es in Liaoyang, einer Stadt in der nordöstlichen Provinz Liaoning, zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen nach unterschiedlichen Berichten 5.000 Arbeiter (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hong Kong, 16.5.00, in SWB FE D3842/CNS 17.5.00) bzw. 2.000 Ar-

beiter und Rentner (IHT, 17.5.00) teilnahmen.

Nach Angaben der *International Herald Tribune* besetzten 2.000 Arbeiter und Rentner ihre Fabrik sowie die Regierungsgebäude in Liaoyang für zwei Tage. Zunächst sollen erst rd. 1.000 Beschäftigte den Zugang zur Liaoyang Ferroalloy Factory sowie eine Straße blockiert haben, um ausstehende Löhne und Renten einzufordern, die in einigen Fällen bis zu 20 Monaten überfällig waren. Am folgenden Tag griff die Polizei mit Gewalt ein, löste die Blockade auf und verhaftete drei der Demonstranten. Nach der Verhaftung musste einer der Arbeiter auf Grund eines Herzanfalls in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Dieser Zwischenfall führte zu einer Solidarisierung und Protesten weiterer Beschäftigter und Rentner, deren Zahl sich dann auf rd. 2.000 erhöhte. In den folgenden Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Liaoyang und einer Delegation der Arbeiter wurde das Versprechen gegeben, dass die ausstehenden Löhne und Renten sowie Unterstützung an die freigesetzten Arbeitskräfte gezahlt würden.

Die betreffende staatseigene Fabrik in Liaoyang wurde vor 40 Jahren gegründet und versorgt rd. 8.000 Arbeitskräfte, einschließlich der inzwischen pensionierten Beschäftigten, mit Lohn und Renten. Mit zunehmenden Problemen musste die Fabrik rd. 1.000 Arbeitskräfte in der letzten Zeit entlassen.

Ebenfalls in Liaoning, und zwar in der Bergbaustadt Yangjiazhan, kam es zu gewalttätigen Demonstrationen von Arbeitern und Teilen der Bevölkerung gegen die Schließung der Mine, die wichtigster Arbeitgeber ist. Erst nach Einsatz des Militärs habe die Konflikt beigelegt werden können. (SWB FE/D3842/CNS, 17.5.00)

Die genannten Beispiele beziehen sich zwar nur auf die Provinz Liaoning, jedoch finden auch in anderen Regionen Demonstrationen und Proteste von Arbeitskräften und ehemaligen Beschäftigten staatseigener Unternehmen statt. Auch die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten stieg in den letzten Jahren beträchtlich.

In Shanghai beispielsweise nahm die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten jährlich

um rd. 30% pro Jahr zu. Es handelte sich um Fälle, in denen die Rechte der Beschäftigten nicht berücksichtigt worden waren. Aus diesem Grund gründete die Shanghai Gewerkschaft 1997 ein erstes Zentrum für Arbeitsrechtsfragen; bis heute gibt es 30 Zweigstellen in den einzelnen Stadtbezirken. Mehr als 30.000 Beschäftigte sollen sich dort bereits beraten lassen haben, 40% der Ratsuchenden kamen aus Unternehmen mit Auslandskapital.

Eine neue Initiative, um die Beschäftigten über ihre Rechte zu informieren, gibt es seit kurzem in Shanghai. Das Shanghai Municipal Employee Legal Aid Centre hat eine Webseite eingerichtet, die Rat bei Fragen zum Arbeitsrecht bietet. Die Webseite mit der Bezeichnung „Wegweiser für den Schutz der Rechte und Interessen der Beschäftigten“ besteht seit dem 22.4.2000 und bietet anhand von rd. 800 Fragen zu relevanten Themen eine Information. Mit der Webseite sollen die Beschäftigten über ihre Rechte informiert werden, Stellenangebote erhalten und die Streitschlichtungsstellen der Gewerkschaften vorgestellt werden. (SWB FE D3809/CNS 7.4.00) -schü-

28 Mehr Mittel für die Armutsbekämpfung

Mitte Mai d.J. kündigte Gao Hongbin, Direktor des Büros der Führungsgruppe zur Armutsbekämpfung beim Staatsrat, eine Erhöhung der staatlichen Mittel für die Armutsbekämpfung an. Mit dem Anziehen des Wirtschaftswachstums würden mehr Mittel für die Reduzierung der Armut zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben für die Armutsbekämpfung sollen in den letzten Jahren gestiegen sein. Die Zentralregierung stellte hierfür im Jahre 1999 rd. 24,8 Mrd. Yuan zur Verfügung. (XNA, 19.5.00) Für das laufende Jahr will die Regierung ein Volumen von rd. 26 Mrd. Yuan bereitstellen. (XNA, 6.3.00)

Auf der Mitte Mai eröffneten internationalen Konferenz zur Armutsbekämpfungsstrategie Chinas Anfang des 21. Jahrhunderts (International Conference on China's Poverty Reduction Strategy in Early 21st Cen-

tury) lobte Mats Karlsson, stellvertretender Weltbank-Präsident, Chinas Erfolge bei der Armutsreduzierung. So sei die absolute Armut (nicht ausreichende Ernährung und Bekleidung) in den letzten 20 Jahren drastisch zurückgegangen. Hierbei hätten insbesondere die erfolgreichen ländlichen Reformen, die breite Beteiligung der Bevölkerung und das nationale Armutsbekämpfungsprogramm beigetragen. Auch Peter Sullivan, stellvertretender Präsident der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), unterstrich die positiven Ergebnisse der Armutsbekämpfungsstrategie Chinas. Die absolute Armut habe sich von 250 Mio. im Jahre 1978 auf heute 34 Mio. reduziert.

Beide Entwicklungsorganisationen sagten China weitere Unterstützung für die Bekämpfung der Armut in den kommenden Jahrzehnten zu. Sullivan kündigte an, dass die ADB zwei Drittel ihrer Mittel für den Aufbau von Infrastruktur in den armen Provinzen in Zentral- und Westchina zur Verfügung stellen werde. Dies sei die notwendige Bedingung, um die Armut zu reduzieren. Weiterhin sollen spezielle Mechanismen entwickelt werden, um im Bereich der Armutsbekämpfung zusammenzuarbeiten. (XNA, 17.5.00)

Ende April d.J. wurde ein Armutsbekämpfungsprogramm zwischen dem UN World Food Programme (WFP) und der chinesischen Regierung mit einem Volumen von 90 Mio US\$ beschlossen. Ziel des Programms ist die Reduzierung der Armut von 1,6 Mio. Menschen in Zentralchina. Der chinesische Anteil an dem Programm beläuft sich auf 48,8 Mio. US\$, weitere rd. 13 Mio. werden als Geschenk vom WFP zur Verfügung gestellt; die restlichen rd. 28 Mio. US\$ wurden über einen Kredit des International Fund for Agricultural Development finanziert.

In dem Programm sind neun Kreise eingebunden, die sich in dem Berggebiet Qinling zwischen den Provinzen Shaanxi und Hubei befinden. Auf Grund vieler Naturkatastrophen gibt es dort starke Schäden in der Infrastruktur und Landwirtschaft, sodass die Bauern nicht ausreichend von der Landwirtschaft leben können. In den Berggebieten ist außerdem

der Umfang des bebaubaren Landes sehr beschränkt und die Bodenqualität nicht befriedigend. Die einzelnen Dörfer sind kaum an das Straßennetz angebunden, und auch der Zugang zu sauberem Wasser stellt ein großes Problem dar.

In den geplanten Projekten sollen neue Straßen gebaut, die landwirtschaftliche Infrastruktur verbessert und die Bauern bei der Erlernung zusätzlicher einkommensschaffender Tätigkeiten unterstützt werden. (SCMP, 28.4.00) -schü-

29 Noch geringer Stellenwert des elektronischen Handels

Nach einer Untersuchung des Ministeriums für die Informationsindustrie ist der elektronische Handel mit einem Volumen von 55 Mio. Yuan im letzten Jahr noch von relativ geringer Bedeutung. Bezogen auf den gesamten Einzelhandelsumsatz entfiel auf den elektronischen Handel lediglich ein Anteil von 0,018%.

Zu den Problemen zählte das Ministerium die langsame Lieferung, geringe Wettbewerbsfähigkeit und mangelndes Vertrauen der Konsumenten in die Sicherheit des elektronischen Handels.

Nur wenige Anbieter im Internet seien in der Lage, ihre Produkte innerhalb von 24 Stunden zu liefern. Weiterhin würden die meisten Produkte, die über das Internet angeboten werden, ebenso teuer wie in den Geschäften sein, in manchen Fällen wie bei Computern oder Telekommunikationsausrüstungen sogar noch teurer. Nach der Untersuchung des Ministeriums haben rd. 80% der Nutzer außerdem kein Vertrauen in die Qualität der Produkte und in die Sicherheit des Zahlungssystems.

Für das laufende Jahr geht die Studie von einer Ausweitung des Umsatzes auf 350 Mio. Yuan aus, dies wären 1,1% des gesamten Einzelhandelsumsatzes von 1999.

Diese relativ geringe Zunahme des elektronischen Handels ist nach Einschätzung eines Vertreters der Sina.com, der bekanntesten Webseite in China, zu erwarten gewesen. Die technische Infrastruktur sei noch nicht vollständig vorhanden. Zwar gebe es

keine größeren Probleme mit dem Zahlungssystem, jedoch seien kleinere Zwischenfälle aufgetreten.

Mit der Notierung an der New Yorker Börse hat Sina.com Mitte April rd. 4 Mio. Aktien emittiert. Im Zuge des allgemeinen Rückgangs der Technologiewerte ist jedoch der Aktienkurs inzwischen unter den Ausgabewert von 17 US\$ pro Aktie gefallen. (SCMP, 1.5.00) -schü-

30 Nutzerstruktur im Internet

Die Zahl der Internet-Nutzer hat sich in den letzten Jahren sprunghaft erhöht. Ende 1999 soll es 8,9 Mio. Nutzer gegeben haben; für das Jahr 2000 wird von einer Zunahme auf rd. 20 Mio. ausgegangen. Nach Angaben des China Internet Network Information Centres (CNNIC) waren Ende 1999 3,5 Mio. PC mit dem Internet verbunden, und zwar 3,09 Mio. über ein Einwählverfahren. Von den 8,9 Mio. Nutzern griffen 200.000 auf andere Zugangsmöglichkeiten wie Mobiltelefone oder Set-Top-Boxen zurück.

Das Angebot an Webseiten hat sich bis Ende 1999 schnell erhöht. Von den 15.153 Webseiten (Mitte 1999: 9.906) zählten folgende zehn zu den beliebtesten Internet-Seiten:

- * www.163.com,
- * www.sohu.com,
- * www.163.net,
- * www.263.net,
- * www.china.com,
- * www.21cn.com,
- * www.est.net.com,
- * www.online.sh.com,
- * www.cpcw.com.

Mit 16,6 Mio. Zugriffen pro Minute ist Sina.com (Firmensitz Caymann-Inseln) das größte und am stärksten nachgefragte Webportal in Chinesischer Sprache. Es weist finanzielle Beteiligungen von ausländischen Firmen wie Dell Computer, Softbank und Pacific Centruy Cyberworks auf.

Als offizielle Nachrichten-Webseite gilt seit März 2000 die 21 Dragon

News Network (21 DNN), die von neun Festland-Medienagenturen (Beijing Daily, Beijing Youth Daily, Beijing Evening News, Beijing Economic Daily, Beijing Television Station Group, Beijing People's Broadcasting Station, Beijing Morning Post and Beijing Broadcasting and TV Weekly).

Um englische Webseiten, die weltweit im Internet dominieren, für chinesische Nutzer zugänglich zu machen, wurde ein Internetportal von CyberCity Investment eingerichtet (www.readword.com), an dem die festlandchinesische Firma Readworld Networks mit 40% beteiligt ist. (*China Nachrichten*, 1/00)

Wer sind die Nutzer des Internet in China? Über die Struktur der Internet-Nutzer führt das CNNIC Working Committee zusammen mit vier großen Netzwerken halbjährlich eine Befragung durch. Die Ergebnisse der letzten Umfrage von Dezember 1999 zeigen folgende Nutzerstruktur:

- Regional betrachtet finden sich die meisten Nutzer in Beijing (über 20%), Guangdong (12,9%), Shanghai (11,2%) und Jiangsu (5,9%).
- Nach Geschlechtern unterschieden dominieren männliche Nutzer mit 79%.
- Die Altersgruppe der Nutzer von 18 und 30 Jahren ist mit 75,6% am stärksten vertreten.
- Mit 65% hatten die meisten Nutzer ein Einkommen zwischen 500 und 2.000 Yuan; 24% verfügten über ein Einkommen von 2.000 und 6.000 Yuan.
- Den Zugang zum Internet haben 50% von zu Hause aus, 37% über ihre Arbeitsstelle oder Bildungsstätte und 11% über ein Internet-Cafe.
- Die Kosten der Internet-Nutzung tragen 59% der Nutzer selbst, bei 21% werden die Kosten von der Arbeitsstelle oder der Bildungsstätte übernommen, und bei 20% der Nutzer werden die Kosten anteilmäßig selbst und von der Arbeitsstelle oder Bildungsstätte getragen.

- Das Bildungsniveau der Nutzer ist überdurchschnittlich hoch: 45% haben einen Bachelor-Abschluss, 6% einen Master-Abschluss und 32% weisen den 2-3-jährigen Besuch eines College auf.
- Die Aufteilung der Nutzer nach Berufen und Branchen zeigt folgendes Bild (Berücksichtigung von Anteilen bis 5%):
21% sind Studenten,
12,9% in der Computerindustrie,
8,7% in ausländischen Unternehmen und Joint Venture-Unternehmen,
7,4% im Handel
6,2% in der Finanzbranche,
6,2% sind Angestellte in Regierungsorganen,
5% in der Telekommunikationsindustrie.
- Die durchschnittliche Verweildauer im Internet beträgt pro Woche 17 Stunden.
- Mehr als die Hälfte (57,97%) wollen über das Internet Informationen erhalten. Die Schwerpunkte der Informationssuche sind:
Nachrichten (62,5%),
computerbezogene Informationen (51,7%),
Unterhaltung (38,8%),
elektronische Bücher (38%),
wissenschaftliche und ausbildungsbezogene Bücher (31,4%),
Finanzinformationen (21,2%),
Informationen zu Stellenangeboten (19,3%).
- Als Gründe für die Nutzung des Internet gaben die Befragten an: Informationen über Computertechnologien (12,1%),
Freizeitbeschäftigung (9,75%),
Kauf von Waren (8,9%),
Nutzung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit (6,75%),
Suche nach kostenlosen Angeboten (5,5%),
Online-Kommunikation (5,1%),
Abwicklung des Zahlungsverkehrs (weniger als 2%).
- Die Kritik der Internet-Nutzer konzentriert sich vor allem auf

folgende Bereiche:
Zu geringes Tempo bei der Internetsuche (52,98%),
zu hohe Gebühren (34,28%),
zu wenig Informationen in Chinesischer Sprache (7,35%),
der Internet Service Provider arbeitet nicht zufrieden stellend (2,25%).

Die halbjährlich durchgeführte CNNIC-Internet-Umfrage kann abgefragt werden unter der Internet-Adresse: www.cnnic.net/develst/e-index.shtml. -schü-

31 Privatsektor stellt ein Drittel der Wirtschaftskraft

Laut einem Bericht der International Finance Corp. (IFC), die zur Weltgruppe zählt und an den Privatsektor Kredite vergibt, erwirtschafteten private Unternehmen in China im Jahre 1998 rd. 33% des BIP. Damit ist der Privatsektor nahezu gleich groß wie der Staatsektor, auf den ein Anteil von 37% entfiel.

Der Bericht, der noch nicht veröffentlicht wurde, berechnet den Beitrag des Privatsektors auf der Basis der landwirtschaftlichen Unternehmen und von Unternehmen mit gemischten Eigentümern, dominiert von staatlichen Vorgaben. Deutlich wird in dem Bericht, welche Transformation die Wirtschaft durch die Reformen und die Öffnung für Auslandsinvestitionen erlebt hat.

Die IFC spaltet die chinesischen Unternehmen in sechs Kategorien auf. Dazu zählen staatliche, landwirtschaftliche und kollektive Unternehmen im staatlichen oder halbstaatlichen Sektor. Aktiengesellschaften, ausländische und inländische private Unternehmen gehören zum rein privaten Sektor. Die am schwierigsten definierbare Kategorie ist die der kollektiveigenen Unternehmen, da diese eine Mischung aus privaten und staatlichen Beteiligten ist. Die IFC geht davon aus, dass fast die Hälfte der Unternehmen, die sich als kollektiv bezeichnen, tatsächlich private Unternehmen sind. (FT, 11.5.00)

Nach einer Neuklassifizierung der Unternehmen Ende 1998 stellt sich die offizielle Statistik inzwischen auch mit

anderen Kategorien als nur „staatseigenen“, „kollektiveigenen“ oder „privat“ dar, wie die Darstellung auf der nächsten Seite zeigt.

In der Beschränkung staatseigener Unternehmen auf bestimmte Monopolindustrien, die im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit stehen, für die öffentliche Wohlfahrt erforderlich sind oder große Infrastrukturprojekte wie den Drei-Schluchten-Staudamm ausführen, sieht Cao Siyuan die Zukunft des Staatssektors. Professor Cao Siyuan, u.a. bekannt durch den Entwurf des Konkursrechts, wurde Anfang April von der Nachrichtenagentur *Zhongguo Xinwen She* während eines Seminars zur Umstrukturierung der Staatsunternehmen zur Unternehmensreform befragt.

Auf der Basis langjähriger Forschung kommt Cao zur Sichtweise, dass der Anteil des Staatssektors schrittweise reduziert werden sollte. In den meisten Ländern betrage der Anteil der staatseigenen Unternehmen am industriellen Anlagevermögen rd. 15%, in China habe der Wert dagegen bei 72,4% im Jahre 1998 gelegen. Die wirtschaftliche Effizienz der staatseigenen Unternehmen sinke stetig; im Jahre 1996 hätten die Verluste der Unternehmen ihre Gewinne überstiegen. Cao sieht nur die Möglichkeit, die Zahl der Unternehmen drastisch zu reduzieren. Die Staatsunternehmen müssen sich aus den konkurrenzgeprägten Industrien zurückziehen, hier sollten nur Unternehmen anderer Eigentumsformen zu finden sein. Innerhalb der kommenden zehn Jahre rechnet Cao damit, dass private Unternehmen staatseigene Firmen in größerem Umfang aufkaufen werden. (SWB FE/D 3813/CNS, 12.4.00) -schü-

Changes in the statistical concepts of ownership and economic sector classification

Classification of sectors and industrial enterprises by ownership since 1985			
<i>state-owned</i>	<i>collectively owned</i> urban and rural collectively owned enterprises; enterprises registered with the State Administration of Industry and Commerce as collective units. 1) township enterprises 2) village enterprises 3) cooperative enterprises	<i>individually owned</i> urban and rural individually owned enterprises; enterprises registered with the State Administration of Industry and Commerce.	<i>other forms of ownership</i> 1) enterprises of the private economy: jointly owned enterprises, shareholding enterprises, foreign-funded enterprises. 2) companies funded by entrepreneurs from Hong Kong, Macao and Taiwan (including joint ventures with mainland enterprises and wholly owned companies). 3) other types of enterprises

Additional classification of industrial enterprises by ownership at and above the township level since 1993				
<i>state-owned</i>	<i>collectively owned</i>	<i>shareholding enterprises</i>	<i>foreign-funded enterprises</i>	<i>enterprises funded by Overseas Chinese from Hong Kong, Macao and Taiwan</i>

Classification of economic sectors by ownership in September 1998	
<i>publicly owned economy</i> 1) state-owned sector 2) collectively owned sector	<i>non-publicly owned economy</i> 1) privately owned sector 2) sector of the economy funded by investors from Hong Kong, Macao and Taiwan 3) sector of the economy funded by foreign investors

Quelle: *Statistical Yearbook of China*, verschiedene Jahrgänge; "Wo guo zhongxin huafen jingji chengfen leixing" (Important new classification of economic sectors), *Jingji Ribao*, 30.9.98.

SVR Hongkong

32 Elsie Leung bleibt für weitere zwei Jahre Sekretärin für Justiz

Die seit der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 im Amt befindliche Sekretärin für Justiz (engl. Secretary of Justice, mit Ministeraufgaben) Elsie Leung Oi-sie (Liang Aishi) wird für weitere zwei Jahre in diesem Amt bleiben. Die Entscheidung des Regierungschefs Tung Chee-hwa für eine Verlängerung ihres ursprünglich im Juni 2000 auslaufenden Vertrags bis Ende Juni 2002 wurde Mitte Mai bekannt gegeben. In seiner Begründung würdigte Tung die hervorragenden

de Arbeit und die exzellenten Qualitäten, die Frau Leung in den vergangenen Jahren in den sensiblen und große Herausforderungen stellenden Amt unter Beweis gestellt habe (XNA, 16.5.00, RTHK 3, 16.5.00, nach SWB, 18.5.00).

Die Verlängerung der Amtszeit der 61-Jährigen stieß auf heftige Proteste demokratischer Kräfte in Hongkong. Angeführt von Prominenten wie etwa Martin Lee von der Demokratischen Partei und Margaret Ng, Abgeordnete im Legislativrat, warfen diese Elsie Leung vor, während ihrer bisherigen Amtszeit keinen ausreichenden Beitrag für die Gewährleistung der juristischen Autonomie Hongkongs geleistet zu haben.

Insbesondere wurde sie beschuldigt, in der kontroversen Frage des permanenten Aufenthaltsrechts („right of abode“) für Nachkommen von Hong-

kongern maßgeblich dafür verantwortlich gewesen zu sein, dass im Frühjahr 1999 der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing um eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes gebeten wurde. Dieser Schritt hatte zu einer Revision des im Januar 1999 ergangenen Urteils des Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal) der Sonderverwaltungszone geführt und eine tiefe Verfassungskrise in Hongkong ausgelöst, deren psychologische Nachwirkungen im politischen und gesellschaftlichen Leben bis heute zu spüren sind (vgl. C.a., 1999/1, Ü 35, 1999/5, Ü 22, 1999/6, Ü 26, 2000/1, Ü 35). Verfehlungen wurden ihr ferner in der Frage der Auslieferung von auf dem Festland verhafteten Hongkonger Bürgern vorgeworfen (vgl. C.a., 2000/3, Ü 34). Nach Bekanntwerden der Verlängerung der Amtszeit sollen rund tausend Personen vor dem Gebäude des Legisla-